

Saale-Beitung.

Zweimundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalten oder deren Raum mit 20 Pf., feste oder flüchtige mit 15 Pf., Berechtigt sind in der Expedition von unseren Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekleben die Zeile 60 Pf.

Erscheint wöchentlich fünfmal, Samstags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis
für Halle wöchentlich 2,50 M., bei dreimonatlicher Anstellung 7,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Frachtgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Nr. 5882 des amtl. Zeit.-Verz.
Für die Redaktion verantwortlich: Hans Panitz in Halle.
(Rechtsverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)
Königspl.-Nr. 17a.

Nr. 590. Halle a. d. Saale, Sonnabend den 16. Dezember 1893. 1893.

Die Vertagung des Reichstages.

Nach Erledigung der „kleinen“ Handelsverträge ist der Reichstag in die Weihnachtstagen gegangen und damit hat der erste Abschnitt der Session seinen Abschluß gefunden. Abgesehen von einigen kleineren Beschlüssen, die zu politischen Auseinandersetzungen keinen Anlaß gaben, bildeten die Handelsverträge das einzige positive Ergebnis der bisherigen Verhandlungen und sie haben ein volles Drittel der 21 Sitzungen, welche der Reichstag abgehalten hat, in Anspruch genommen. Vom rein sachlichen Standpunkte aus mußte das überflüssig sein. Als die Reichsregierung im Jahre 1891 die Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz und Belgien vorlegte, erklärte sie ausdrücklich, sie betrachte diese Verträge nicht als einen Abschluß; sie hoffe, auf der gleichen Grundlage auch mit anderen Staaten ähnliche Abmachungen im Interesse der deutschen Industrie zu treffen. In der That folgte sehr bald die Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten, welche diesen die Vorteile der im österreichischen Vertrag ermäßigten Zölle gewährte und damit auch der deutschen Industrie die Befähigung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation zu sichern. Zu weiteren Verhandlungen gab der Reichstag in dieser Richtung keine Zustimmung, daß er den Bundesrat ermächtigte, provisorisch auch auf diejenigen Staaten, mit denen Handelsverträge noch nicht abgeschlossen waren, die ermäßigten Vertragszölle gegen entsprechende Zugeständnisse anzuwenden. Von dieser Vollmacht machte der Bundesrat auch gegenüber Spanien und Rumänien Gebrauch, nicht aber gegenüber Rußland, welches Verhandlungen über einen definitiven Vertrag bereits im Winter 1891/92 angesetzt hatte. Die Reichsregierung war also zu der Annahme berechtigt, daß der Reichstag und in ihm auch diejenigen Konserwativen, die im Dezember 1891 für den Vertrag mit Oesterreich gestimmt hatten, den neuen Verträgen mit Rumänien, Spanien und Serbien zustimmen würden.

Inzwischen aber hatte sich die politische Situation geändert. Als die ersten Verträge dem Reichstage vorlagen, hatten die Getreidepreise infolge der schlechten Ernte des Jahres 1891 eine unnatürliche Höhe erreicht. Die gute Ernte des Jahres 1892 aber bewirkte einen Preisrückgang, der den Agrariern die Handhabe zu einer energischen Agitation gegen die Handelspolitik der Regierung bot, der man nunmehr die Verantwortlichkeit für den Niedergang der Getreidepreise zuschrieb. So erfolgte Anfang dieses Jahres die Begründung des Bundes der Landwirthe. Die Erfolge dieser Agitation bei den Neuwahlen im Juni sind bekannt. Schon damals konnte man voraussehen, daß die Agrarier, nachdem sie dem Grafen Caprivi bei der Durchbringung der Militärvorlage hilfreiche Hand geleistet hatten, alle Hebel ansetzen würden, einen Reichstagsantrag zu bewerkstelligen, der den Grundlag vertrat, daß die Interessen von Industrie und Handel im Staate dieselbe Berücksichtigung verdienen, wie diejenigen der Landwirtschaft. Da der Handelsvertrag mit Rußland, den die Agrarier als Hebel zum Sturz Caprivi's zu benutzen gedachten, noch nicht in Kraft war, nahm man die Verträge mit Rumänien, Spanien und Serbien zum Vorwand. Der Antrag gegen den Reichstagsantrag und dessen Politik ist vorläufig abgeschlossen; der Bund der Landwirthe hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Die neuen Verträge werden voraussichtlich bereits am 1. Jan. t. k. in Kraft treten und dann wird sich ja bald herausstellen, daß die Befürchtung, dieselben würden ein weiteres Sinken der Getreidepreise herbeiführen, gegenstandslos war.

Die zweite Angelegenheit der Session, die Steuerfrage, ist bisher über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen. Als der Reichstag im Juni nach Annahme der Militärvorlage geschlossen wurde, blieb die Frage, wie die durch das Gesetz entfallenden Mehreinnahmen in Höhe von 50-55 Mill. M., die vorläufig auf die Militärinhaberbeiträge angewiesen wurden, dauernd zu decken seien. Beim Wiederauftritt im November fand sich der Reichstag der Zustimmung gegenüber, außer jenem Mehreinkommen noch 40 Millionen befristeter Dotierung der Einnahmestellen aus Reichssteuern zu beschaffen und zwar durch Erhöhung bzw. Erweiterung der Reichssteuerabgaben, durch Einführung der Tabakfabriksteuer und einer Reichsweinsteuer. Von diesen Vorlagen hat bisher nur die erste die erste Beratung des Reichstages passiert. Soweit ein Urtheil möglich ist, hat die Erhöhung der sog. Verbrauchssteuer, d. h. des Effekten- und des Umsatzsteuern, sowie des Stempels auf Lotterielose, die nach der Vorlage etwa 21 Mill. M. ergeben soll, nicht nur Aussicht auf Annahme, es ist sogar eine weitere Erhöhung dieser Stempelabgaben abgeschlossen, während das Schicksal der vorgeschlagenen Stempelabgaben auf Düttungen, Checks und Handelsbriefe noch nicht voranzugeschritten ist. Die Entscheidung liegt auch hier in der Hand des sich spaltenden Centrums. Am übrigen haben bereits die vorläufigen Erörterungen bei der ersten Lesung des Gesetzes erkennen lassen, daß die Reichsweinsteuervorlage so gut wie keine, die Tabakfabriksteuer nur sehr geringe Aussicht haben.

Von Anträgen der Mitglieder des Reichstages hat bisher nur der Centrumsantrag auf Aufhebung des Seintengesetzes, der seit 3 Jahren auf der Tagesordnung steht, Erledigung gefunden. Derselbe ist in zweiter Beratung mit 172 gegen 136 Stimmen zur Annahme gelangt. Der Beschluß des Reichstages dürfte aber nach der Stellung, welche Preußen bisher in dieser Frage eingenommen hat, auf die Zustimmung des Bundesrates nicht zu rechnen haben. Ist doch unlängst erst im bayerischen Abgeordnetenhaus seitens der Regierung erklärt worden, der Antrag Bayerns auf Zulassung des Redemptoristenordens als eines dem Seintengesetz nicht verwehrt sei ausnahmslos, da die preussische Regierung an dem Seintengesetz festhalte. So wird dem zweiten Theil der Reichstagsession nach Neubar der Kampf um die Steuer-

und Finanzfragen und um den Handelsvertrag mit Rußland, über den während der Vertagung der kleinen Handelsverträge im Reichstag die Verhandlungen geführt worden sind, die Signatur geben.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 15. Dez. Der Kaiser arbeitet heute vormittag von 8 Uhr ab allein und unternimmt später in Gesellschaft mit der Kaiserin einen Spaziergang in den Umgebungen des Neuen Palais.

Die Regierung und die Parteien.

Die „N. N. Z.“ hält es für notwendig, die Konserwativen darüber zu beruhigen, daß die Regierung sich an ihnen wegen ihrer Bestimmung gegen die Handelsverträge nicht „rächen“ werde. Wenn wir eine Regierung hätten“, schreibt das offiziöse Blatt, „die nicht aus sachlichen Erwägungen, sondern von parteiischen Standpunkte aus zu urtheilen und zu handeln gezwungen wäre, so würden die Konserwativen die Folgen dieser Gerechtigkeit möglicherweise sehr schmerz empfinden.“ Und nicht die „N. N. Z.“ giebt sich ganz überflüssige Mühe, die Konserwativen haben bisher noch nicht mit einer Silbe verhandelt, daß sie die „Macher“ der Regierung fürchten. Befänden sie sich einer Regierung gegenüber, von der sie sich energischer Aktion zu versehen hätten, so hätten sie den Hebelarm nicht ferret getrieben, aus allen durchsichtigen Gründen gegen die neuen Handelsverträge zu stimmen. Wenn Regierungspräsidenten, Landräthe und sonstige politische Beamte sich dergleichen erlauben, so wissen sie ganz genau, daß sie nichts zu fürchten haben. Und deshalb werden die Auslassungen, mit denen die „N. N. Z.“ sich an die bösen Konserwativen wieder heranzuschleichen versucht, im agrarischen Lager mit Hohngelächter aufgenommen werden. Die Sammelgründer-Methode der Norddeutschen und ihrer Auftraggeber ist aber auch nach einer anderen Richtung lehrreich. Wenn der Reichstagsantrag Graf Caprivi für seine hohe auch nach des Reichstagsantrags eigener Ansicht in bringendem Interesse des Landes liegende Politik die Unterstützung der Liberalen findet, dann wird ihm dabei „unheimlich.“ Die Konserwativen aber, die eben dieselbe Politik bis auf's Messer bekämpfen und damit nach der Auffassung der Regierung die Interessen des Landes schädigen, die versichert man nach der Zustimmung obendrein noch der herzlichsten Gesinnung. Wären jetzt die Rollen bei der Handelsvertragspolitik vertauscht gewesen, hätten jetzt die Liberalen sich das geleistet, was sich die Agrarier leisten, dann würde das Geheiß über die „Reichseinfände“ aus dem offiziellen Echor ein ohrbetäubendes gewesen sein. Wo bleibt denn da eigentlich die gleiche, die gerechte Behandlung der Parteien, die man bisher allerdings ohne Grund von Graf Caprivi nachsagte? Und unter solchen Umständen fragt Graf Caprivi auch im Reichstage noch wegen des Hebeln einen festen Majorität? Ja, wo soll denn eine Majorität herkommen, wenn sich niemand auf die Regierung verlassen kann, wenn die Regierung diejenige ist, die ihre Politik unterfängt, als „unheimlich“ Leute hinstellt, dagegen die Feinde der Regierungspolitik härtet? Wir stimmen vollständig mit dem Abg. Dr. Barth überein, wenn er in der „Nation“ in einem Artikel mit der Ueberschrift „Ein parlamentarischer Kaleidopskop“ u. a. folgendes sagt:

Graf Caprivi sucht sich mit den Parteien abzugeben, so gut es eben gehen will, aber er unterläßt es, sich eine feste Mehrheit, mit der ein Staatsmann arbeiten kann, zu schaffen.

Wohlfühl wäre der Versuch weniger ausführlich, als es anfangs scheint. Nur mit die Bevölkerung klar erkennen können, wofür sie die Hand gibt, und daß der leitende Staatsmann auch entschlossen ist, alle geistlichen Mittel anzuwenden, um den Widerstand zu brechen, die sich einer solchen Reorganisation widersetzen.

Wenn man aber sieht, mit welcher Unkenntlichkeit in Dingen sogar unmittelbar abhängige Regierungsbeamte, Landräthe, Regierungspräsidenten, Ministerialräthe, getreuen Funktionäre der Landwirthe, gegen die Politik des Reichstagsantrags zu Felde ziehen, wenn man bemerkt, wie der Reichstagsantrag der Agrarier gegenüber keine im Interesse der Allgemeinheit eingeleitete Handelspolitik mehr einschuldig als verwerflich, so muß jeder Wähler ruhig werden, und jener starke Durchbruch der Wählerschaft, der ihm genügt ist, einer energischen Regierung zu folgen, wird unklar, ob es für ihn nicht vortheilhafter ist, mit keinem Landrat gegen den Reichstagsantrag zu marichieren, als mit dem Reichstagsantrag gegen den Landrat, der für ihn die Regierung viel unmittelbarer vertritt, und der dem einfachen Manne viel näher kommen kann als der Reichstagsantrag.

Man darf behaupten, daß ein solcher Kampf politischer Beamten gegen den vornehmlichen Rath des Staatsoberhauptes in keinem anderen Lande der Welt keine möglich wäre. Wenn sich in England oder in den Vereinigten Staaten von Amerika um nur die freieren Länder zu nennen — ein abgelehnter Regierungsbeamter unterfände, gegen die Politik der Regierung auch nur amüßend in der Weise zu agitieren, wie es preussische Landräthe ungeschert thun, so würde er in 24 Stunden seines Amtes entsetzt. Allerdings nicht in jenen Ländern auch niemand davon, abhängige Beamte zu Volksoberkeiten zu machen.

Wenn diese bei uns gehaltenen Anomalie nicht doch die Regierung nicht, für ihren eigenen Beamten politisch malträitieren zu lassen. Doch man das demagogische Agrarierthum nicht mit Sammelgründerthum ansetzen darf, wenn man es unabhängig machen will, dürfte doch allmählich klar sein. Die Fiktion, als ob die Agrarier nur verlorene Freunde der Reichsregierung seien, ist nicht länger nützlich zu erhalten. Man behandle die endlich als das, was sie sind, als reichthümliche Gegner der Regierung, die nicht für die einseitigen Klasseninteressen eintreten will.

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland, die eine Zeitlang völlig geruht haben, kommen jetzt, wie die „Nat. Corr.“ hört, nach Sicherung des rumänischen

Vertrages wieder lebhafter in Fluß. Die russischen Unterhändler werden nicht einmal über die Weihnachtstfeiertage Werth verlassen.

Die Preisfabrikanten der Reichsstaaboten.

Die „Nat. Corr.“ schreibt: „Der Reichstagsbeschluß wegen Erweiterung der Gültigkeit der Eisenbahn-Fabrikanten für Abgeordnete ist vom Bundesrat noch nicht abgelehnt, sondern einem Antrags des überwiesenen worden. Es soll aber im Bundesrat wenig Neigung sein, dem Beschlußbezug zustimmen. Vielleicht ließe sich ein billiger Ausweg dahin treffen, daß den Abgeordneten nicht nur zwischen Berlin und ihren Wohnorten, sondern auch zwischen Berlin und ihren Wahlkreisen Freikarten gewährt würden. Die Gleichsetzung der Verbindung mit den Wahlkreisen läßt sich mit besseren Gründen rechtfertigen, als das leicht zu Mißbräuchen fähige völlig uneingeschränkte Unterkreuzen im ganzen Reich.“ Die „Frei. Ztg.“ erhebt, daß gegenwärtig nicht vorhanden sei, die Zustimmung des Bundesrates zu dem Antrag des Reichstages zu erhalten.

Der Weinbau und die Handelsverträge.

Bei den letzten Reichstagsverhandlungen über die Handelsverträge hat auch die Frage eine Rolle gespielt, ob die höhere Italien und Oesterreich eingeräumten Zollermäßigungen für Wein und Trauben eine nachtheilige Wirkung auf den vaterländischen Weinbau und Weinhandel ausgeübt hätten. Ueber diese Frage ließ von der Reichsregierung bei den am Weinbau beteiligten Regierungsmittlungen angefragt werden. Die Regierungsmittlungen haben wieder Nachfragen bei den Produzenten gehalten. Das Ergebnis dieser Ermittlungen ist ein durchaus günstiges gewesen, da sich herausgestellt hat, daß die besten einheimischen Weine durch die fremden Erzeugnisse keinen Preisrückgang erfahren haben, die geringeren deutschen Weine dagegen durch den Vergleich mit italienischem Wein in der Qualität verbessert werden und an Verkaufsfähigkeit erheblich gewonnen haben. Die Messungen der Bundesregierungen betonen zwar, daß für ein abschließendes Urtheil noch zu kurze Zeit seit dem Inbetriebtreten der Zollermäßigungen verfließen sei, daß aber die bisherige Erfahrung nichts zu Ungunsten des damaligen Vorgehens beweise. Was die Annehmungen der einzelnen Regierungen betrifft, so wurde von Preußen betont, wie die Nachfrage nach kleinen billigen Weinen im Westen sei und daß Absatz und Preisbildung der inländischen Weine nicht ungünstig beeinflusst worden seien. Nebenbei hat sich die kaiserliche Regierung geäußert. Die württembergische Regierung mochte besonders darauf aufmerksam, daß der Verkauf der inländischen Weine rasch von flatten gegangen sei, weil die fremden inländischen Weine nicht von wettbewerben ausländischen Weinen vernichtet werden konnten. Die badische Regierung erklärte die früher gehegte Befürchtung, es werde die billigität Einfuhr fremder Weine den Preis der inländischen besseren Weine herabdrücken, für unbegründet. Die elsass-lothringische Regierung aber konstatierte, daß die Nachfrage nach kleinen einheimischen Weinen erheblich gestiegen ist, und daß eine Preissteigerung stattgefunden hat. Aus den Weinvertragsabhandlungen Lübeck, Bremen und Hamburg wurde berichtet, daß die hergestellten Verschiedenheiten sich rasch haben abgeben lassen und daß gerade infolge des Verschwindens der Absatz für kleinen deutschen Weine schon jetzt eine Zunahme erfahren hat.

Verschiedene Mittheilungen.

* Der ethnographische Bericht zur Abstammung über die in männlichen Handelsverträge in zweiter Lesung liegt jetzt vor. Danach bestand die Mehrheit von 189 Mitgliedern aus 24 Nationalliberalen, 45 Centrumsmitgliedern und Weisen, 23 Mitgliedern der Freil. Volkspartei, 14 der Freil. Vereinigung, 6 der Sozialdemokratischen Volkspartei, 38 Sozialdemokraten, 15 Kolon. 6 Mitglieder der Reichspartei, 4 Nationalisten, 2 laudativen Sozialisten. Die Mitglieder der 165 bestanden aus 61 Konserwativen, 18 Mitgliedern der Reichspartei, 49 Centrumsmitgliedern und Weisen, 4 bayerischen Bauernmitgliedern, 13 Nationalliberalen, 13 Antiliberalen, 3 fraktionellen Konserwativen, 1 reichsliberalen Volkswahlmann (Gans-Droß). — In w. e. t. e. n. waren 3 Konserwativen, 1 liberaler, 4 Kolon. 6 Volkswahlmann, 2 libidensche Demokraten, 6 Sozialdemokraten, 3 Antiliberalen, 1 Dane, zusammen 42. Die Beschlüsse derselben sind anhängend gleich am Wegner und Freunde beschließen.

* Der Bund der Landwirthe“ beschäftigt, wie wir kürzlich bereits erwiderten, demnach in Berlin eine billige politische Frage stellt in eine herauszugeben, welche im Verlag von Felix Zuckers in den Mitten „Deutsche Tageszeitung“ führen soll. Die „Freil. Ztg.“ theilt ein Verbot mit, daß die 1. a. d. des Vorstandes des Bundes der Landwirthe, gen. v. Maß und Dr. Cuckland, mit, worin aufgenommen wird Affen zu zeichnen zur Anfertigung eines Grundkapitals von 600,000 M. nach diesem Entwurf soll die neue „Deutsche Tageszeitung“ in erster Linie mitwirken, den Preis nicht wieder aufkommen zu lassen. Die „Deutsche Tageszeitung“, so heißt es weiter, konnte, möglichst bald ins Leben gerufen, schon in der Gegenwart, um wichtige sozialpolitische Fragen zur Aufklärung gebracht werden sollten, eine schätzbare Stütze bilden. Unter dem Motto: „Recht gegen Unrecht“ soll bald gewonnen“ wird aufgeworfen, Affen zu zeichnen für den neuen großen Gedanken, die feindlich gesinnte weit verbreitete Presse und dem Feinde zu zwingen.“ Weiterhin wird eine Eingebildung von 25 Afen, jedoch zu Händen des Vorstandes des Bundes der Landwirthe verlangt, während weitere 25 Afen, drei Monate nach Entzug der Gesellschaft eingezogen werden sollen. Gründer der Gesellschaft sind Herr v. Maß, Dr. W. B. B. Dr. Cuckland, Verleger Felix Z., Frau v. W. a. n. g. e. n. d. e. m. auf Groß-Mellen.

Sonntag, 15. Dez. Wie hier verlautet, wird der zum Besuch am herzoglichen Hofe wohnende Großherzog von Hessen mit Prinzessin Viktoria, der zweiältesten Tochter des Herzogs Alfred, sich verloben.

